

# Rede von "Gemeinsam solidarisch kämpfen"

Rede anlässlich 19.02. - Gedenken Hanau

Wir sind heute hier, um der Opfer des Anschlags in Hanau zu gedenken. Wir wollen mit den Worten von Newroz Duman, Aktivistin bei der Initiative 19. Februar in Hanau, einsteigen: Die Erinnerung ist die Voraussetzung für alles andere. Ohne Erinnerung keine Aufklärung und keine Veränderung. In der Geschichte dieses Landes steht aber oft das Vergessen im Vordergrund. Man möchte nicht an rechte Gewalt erinnern, sondern schnell zurück zur Normalität. Auch in Hanau gab es nicht einmal sechs Monate nach dem rassistischen Mordanschlag vom 19. Februar 2020 Stimmen, die forderten: Hanau muss zurück zur Normalität. Ein weißer, von Rassismus selbst nicht betroffener CDU-Politiker sagte damals: Das Erinnern gehört auf den Friedhof."

Im letzten Satz wird Bezug darauf genommen, dass der CDU-Landtagsabgeordnete Heiko Kasseckert im Juli 2020, 5 Monate nach dem Attentat, eine „Rückkehr zur Normalität“ angemahnt hatten. Es sei nicht gut, die Erinnerung dauerhaft im Stadtbild aufrechtzuerhalten. Bis auf ein Schild auf dem Friedhof, forderte er, sollen keine öffentlich wahrnehmbaren Zeichen der Trauer sichtbar bleiben. Das ist nicht nur respektlos den Opfern und ihren Familien und Freund\*innen gegenüber, sondern auch bezeichnend für den deutschen Umgang mit rechter Gewalt: zugrundeliegende strukturelle Rassismen werden verkannt und jeder weitere Angriff wird als „Einzelfall“ dargestellt

Wovon wird denn gesprochen, wenn eine "Rückkehr zur Normalität" gefordert wird? Von welcher "Normalität" wird gesprochen? Wer definiert hier "Normalität"? Könnte man die Forderung vielleicht umschreiben in eine "Rückkehr dahin, rassistische Gewalt, rassistischen Hass wieder unsichtbar zu machen" - sie "bei einigen unglücklichen Einzelfällen" zu belassen? Rassismus wird als normal betitelt. Es ist eine Forderung danach, Ungerechtigkeit nicht sichtbar zu machen, nicht öffentlich anzuprangern. Für Menschen, die selbst nicht von Rassismus betroffen sind, ist es leicht, wegzuschauen. Das Problem unsichtbar zu machen. Für Betroffene ist das schlicht nicht möglich. Es ist unausweichlich Teil des Alltags, ein Leben lang. Deswegen müssen wir Öffentlichkeit herstellen, um die Missstände auch in den Alltag jener Leute zu tragen, die sonst nicht mit Rassismus konfrontiert werden. Die Trauer soll auf Marktplätzen stattfinden dürfen. Nicht nur in Hanau, sondern überall, auch in Heidelberg. Warum stößt diese scheinbar einfache Forderung auf so viel Widerstand? Empörung, Wut, Trauer, Hass sollen leise gehalten werden, um zu verhindern, dass sich ein Bewusstsein um rassistische Diskriminierung in diesem Land entwickelt. Es wird versucht, kontinuierliche Solidarität mit den Ermordeten von Hanau und den vielen anderen "Einzelfällen" der letzten Jahre und Jahrzehnte zu unterbinden. Nicht zuletzt spielt dieses Streben nach Vergessen

auch damit, den rassistischen Anschlag soweit zu verdrängen, dass die Forderung nach Aufklärung, Aufarbeitung und Klarheit gesamtgesellschaftlich nicht gestellt wird. Denn die Kritik richtet sich insbesondere auch gegen Polizei, Verfassungsschutz und hessische Innenminister.

Wir stellen uns dem aktiven Vergessen entgegen und wollen die kollektive Verantwortung betonen, die mit dem Anschlag in Hanau und auch den täglichen rassistischen Übergriffen, Gewalt, Grenzverletzungen einhergeht. Was in Hanau geschah, darf nicht vergessen werden. Genau wie unzählige andere rassistische Gewalttaten, tägliche Angriffe, Beleidigungen. Es darf nicht vergessen werden, wie enorm Strukturen, Systeme und Institutionen, sowie Medien und individuelle Weltbilder von Rassismus durchzogen sind. So weit. Die rassistische Gewalt von Hanau ist das Symptom einer Gesellschaft, die all das lieber vergessen würde. Die Verantwortung, dies zu verhindern, liegt bei weißen Menschen - und nicht zuletzt bei der weißen Linken. Es ist unsere Pflicht, uns solidarisch gegen rechte Gewalt zu stellen - egal, ob die Betroffenen vielleicht linke Ansichten teilen oder ob sie womöglich konservativ sind. Rassismus darf niemals toleriert werden.

Dafür müssen wir gemeinsam solidarisch kämpfen. Kämpfen gegen die aktive Sabotage von Erinnerungs- und Veränderungskultur. Kämpfen dagegen, dass von Parteien, die sich rechtsaußen bewegen oder fischen, unverhohlen und unskandalisiert gehetzt werden kann. Kämpfen dagegen, dass Medien Moscheen und Shishabars pauschal als kriminelle Orte framen. Dagegen, dass Vornamen erfragt werden, um bei „deutschen“ Täter\*innen zuerst nach psychiatrischen Befunden zu suchen und bei „ausländischen“ Täter\*innen zuerst nach ihrer vermeintlichen Herkunft. Dagegen, dass auch bei der Berichterstattung zum 19.2.20 von „Fremdenfeindlichkeit“ gesprochen und somit die Opfer als fremd und nicht zugehörig benannt wurden. Kämpfen für ein kollektives Bewusstsein darüber, dass Rassismus in diesem Land massivst verankert ist und er offen und versteckt in der Gesellschaft präsent ist, denn jeder Mensch wird mit rassismusrelevantem Wissen sozialisiert. Denn wo ein Bewusstsein, da ist ein Streben danach, diesen Missstand zu bekämpfen, nicht weit. Es gibt keine Neutralität im Angesicht rassistischer Angriffe, genau so wenig wie es eine "Normalität" gibt, zu der eine Rückkehr möglich ist. Es gilt: Solidarität oder Mittäterschaft.